Vereinbarung

über die Eingliederung der Gemeinde Bittelbronn

in die Stadt Haigerloch

Angesichts der Reformbestrebungen des Landes Baden-Württemberg und im Bewusstsein der Verantwortung gegenüber der Einwohnerschaft der Gemeinde Bittelbronn und der Stadt Haigerloch, wie auch in der Überzeugung, damit dem öffentlichen Wohl beider Gemeinwesen am besten zu dienen, schließen

die Stadt Haigerloch, vertreten durch den Bürgermeister
Roland Trojan

und

die Gemeinde Bittelbronn, vertreten durch den Bürgermeister
Anton Hellstern

nach Anhörung der in der Gemeinde Bittelbronn wohnenden Bürger am 26. März 1972, sowie gemäß der Beschlüsse des Gemeinderats der Stadt Haigerloch vom 29. Mai 1972 und des Gemeinderats der Gemeinde Bittelbronn vom 24. Oktober 1972 auf Grund von § 8 Abs. 2 und § 9 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 (Ges.Bl.S. 129) in der Fassung von § 1 des Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung vom 26. Juli 1971 (Ges.Bl.S. 314) folgende Vereinbarung.

I. Allgemeines

§ 1 Eingliederung

Die Gemeinde Bittelbronn wird in die Stadt Haigerloch eingegliedert.

§ 2 Bezeichnung der eingegliederten Gemeinde

Die eingegliederte Gemeinde bildet einen Stadtteil der Stadt Haigerloch. Dieser führt die Bezeichnung „Haigerloch-Bittelbronn“.

§ 3 Rechtsnachfolge

1. Die Stadt Haigerloch tritt als Gesamtrechtsnachfolgerin in alle Rechte und Pflichten der Gemeinde Bittelbronn ein.

§ 4 Rechte und Pflichten der Einwohner und der Bürger

1. Die Bürger der Gemeinde Bittelbronn werden mit der Eingliederung Bürger der Stadt Haigerloch. Den Einwohnern, die am Tage der Eingliederung das Bürgerrecht in der Gemeinde Bittelbronn noch nicht erworben haben, wird die Dauer des Wohnens in der Gemeinde Bittelbronn auf die Dauer des Wohnens in der Stadt Haigerloch angerechnet.
2. Die Bürger und Einwohner der Gemeinde Bittelbronn haben nach der Eingliederung die gleichen Rechte und Pflichten wie die in dem vor der Eingliederung bestehenden Gebiet der Stadt Haigerloch wohnenden Bürger und Einwohner. § 19 bleibt unberührt.

II. Ortschaftsverfassung

§ 5 Einführung der Ortschaftsverfassung

Die Stadt Haigerloch verpflichtet sich, für den Stadtteil Bittelbronn die Ortschaftsverfassung im Sinne der §§ 76a – 76g der Gemeindeordnung einzuführen und rechtzeitig durch Hauptsatzung das Erforderliche zu regeln.

§ 6 Zahl der Ortschaftsräte

1. Der Ortschaftsrat besteht bis 1974 aus 7 Mitgliedern (Ortschaftsräte) einschließlich dem Ortsvorsteher.
Danach wird die Zahl der Ortschaftsräte durch die Hauptsatzung neu festgesetzt.
2. Die Stadt Haigerloch wird in ihrer Hauptsatzung bestimmen, dass erstmals nach Einrichtung der Ortschaft Bittelbronn die bisherigen Gemeinderäte der Gemeinde Bittelbronn die Ortschaftsräte sind.

§ 7 Aufgaben des Ortschaftsrats

1. Der Ortschaftsrat hat die örtliche Verwaltung zu beraten.
Er ist zu wichtigen Angelegenheiten, die den Stadtteil Bittelbronn betreffen, zu hören.
Er hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die den Stadtteil Bittelbronn betreffen.
2. Der Ortschaftsrat wirkt bei der Aufstellung des Haushaltsplanes der Stadt Haigerloch mit, soweit es sich um die Bereitstellung von Mitteln für den Stadtteil Bittelbronn handelt.
3. Der Ortschaftsrat ist bei der Veräußerung von Grundstücken, die am Tage der Eingliederung Eigentum der Gemeinde Bittelbronn waren, zu hören. Berechtigten Wünschen des Ortschaftsrates soll weitgehend entsprochen werden.
4. Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken, die am Tage der Eingliederung im Eigentum der Gemeinde Bittelbronn waren, dürfen nur zum Erwerb von Grundstücken und für öffentliche Einrichtungen im Stadtteil Bittelbronn verwendet werden.
5. Der Ortschaftsrat verpachtet die Jagd und das Fischwasser soweit die Gemarkung des Stadtteils Bittelbronn betroffen ist. Ebenso entscheidet er über die Verpachtung der ehemaligen und künftigen gemeindeeigenen landwirtschaftlichen Grundstücke.
Der Ortschaftsrat entscheidet ferner über den Betrieb und die Unterhaltung der Gemeindebackküche und der Gemeindewaage.

§ 8 Aufgaben und Rechtsstellung des Ortsvorstehers

1. Für die Aufgaben und Rechtsstellung des Ortsvorstehers im Stadtteil Bittelbronn gilt § 76 e GO.
2. Solange das Amt des Ortsvorstehers durch den bisherigen Bürgermeister der Gemeinde Bittelbronn versehen wird (vgl. § 9) wird der Bürgermeister dem Ortsvorsteher die Zuständigkeiten in folgenden Angelegenheiten der örtlichen Verwaltung übertragen:
 1. Veräußerung und Erwerb von Grundstücken bis zum Wert von 1.000,00 DM im Einzelfall.
 2. Vollzug des Haushaltsplans im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel bis zu 1.000,00 DM im Einzelfall.

3. Verkauf oder An- und Vermietung von beweglichem Vermögen bis zu 1.000,00 DM im Einzelfall.
 4. Überlassung von Gemeindeeinrichtungen des Stadtteils Bittelbronn.
 5. Die Bestellung von Bürgern zu ehrenamtlicher Tätigkeit bei Gemeinde-, Landes- und Bundeswahlen sowie bei Zählungen aller Art.
3. Durch die Hauptsatzung der Stadt Haigerloch wird bestimmt werden, dass der Ortsvorsteher, soweit er nicht im Gemeinderat ist, an den Verhandlungen des Gemeinderats mit beratender Stimme teilnehmen kann.

§ 9 Übernahme und Verwendung des bisherigen Bürgermeisters

1. Dem bisherigen Bürgermeister der Gemeinde Bittelbronn wird bis zum Ablauf seiner Amtszeit das Amt des Ortsvorstehers im Stadtteil Bittelbronn übertragen. Nach Ablauf dieser Amtszeit kann der als Ortsvorsteher verwendete Bürgermeister vom Gemeinderat nach Anhörung des Ortschaftsrats erneut zum Ortsvorsteher gewählt werden.
2. Für die Rechtsstellung des als Ortsvorsteher verwendeten Bürgermeisters gilt § 2 Abs. 2 und 3 des Zweiten Gesetzes zur Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden vom 28. Juli 1970 (Ges. Bl. S. 419).
3. Wird der bisherige Bürgermeister als Ortsvorsteher nicht wiedergewählt und tritt er nicht in den Ruhestand, so ist die Stadt Haigerloch bereit, ihn unter bestmöglicher Wahrung seines Besitzstandes in ihre Dienste zu berufen.

§ 10 Örtliche Verwaltung

1. Das bisherige Bürgermeisteramt Bittelbronn bildet künftig die örtliche Verwaltung der Ortschaft Bittelbronn. Die örtliche Verwaltung ist zugleich eine Geschäftsstelle der Stadtverwaltung Haigerloch und erhält als solche alle Zuständigkeiten, die für eine zweckmäßige und bürgernahe Betreuung der Einwohner des Stadtteils Bittelbronn notwendig sind. Der Ortsvorsteher als Leiter der örtlichen Verwaltung hält im Stadtteil Bittelbronn regelmäßige Sprechstunden. Diese Zuständigkeiten und die Sprechstunden werden jeweils nach Anhörung des Ortschaftsrates festgelegt.
2. Das archivwürdige Schriftgut der Gemeinde Bittelbronn wird zur Erhaltung der Überlieferung in einer eigenen Abteilung des Archivs der Stadt Haigerloch aufbewahrt.
3. Die Stadt Haigerloch wird beantragen, dass der Stadtteil Bittelbronn einen eigenen Standesamtsbezirk bildet.

III. Vertretung des Stadtteils Bittelbronn

§ 11 Vertretung des Stadtteils Bittelbronn im Gemeinderat der Stadt Haigerloch – unechte Teilortswahl

1. Die Vertretung der Bürger des Stadtteils Bittelbronn im Gemeinderat der Stadt Haigerloch regelt sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Die Stadt Haigerloch verpflichtet sich durch unverzügliche Änderung der Hauptsatzung zur nächsten regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte die unechte Teilortswahl einzuführen. Die Sitzverteilung für den neuen Stadtteil Bittelbronn richtet sich nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen der einzelnen Stadtteile, der Stadtteil Bittelbronn erhält jedoch mindestens einen Sitz im Gemeinderat.
2. Dem Gemeinderat der Stadt Haigerloch gehören bis zur nächsten regelmäßigen Gemeinderatswahl 3 Mitglieder des Gemeinderates der eingegliederten Gemeinde Bittelbronn an, die vor dem Eintritt der Rechtswirksamkeit dieser Vereinbarung vom Gemeinderat Bittelbronn bestimmt werden.

IV. Allgemeine Verpflichtungen

§ 12 Ziel der Eingliederung

1. Mit der Eingliederung soll erreicht werden, dass in der bisherigen Gemeinde Bittelbronn beste Voraussetzungen für die persönliche Entfaltung der Einwohner geschaffen werden.
2. Der Stadtteil Bittelbronn soll entsprechend der jetzigen Flächennutzungsplanung sowie der seitherigen Aufwärtsentwicklung weitergeführt werden.

§ 13 Örtliches Brauchtum

Das örtliche Brauchtum der Gemeinde Bittelbronn wird erhalten. Das kulturelle Eigenleben im Stadtteil Bittelbronn soll sich auch weiterhin frei und ungehindert entfalten können.

§ 14 Kulturelle Einrichtungen und Vereine

Die Stadt Haigerloch wird alle im Stadtteil Bittelbronn vorhandenen caritativen, kulturellen, sportlichen und sonstigen Vereinigungen und Einrichtungen in derselben Weise fördern und unterstützen wie die entsprechenden Vereinigungen im bisherigen Stadtgebiet Haigerloch.

§ 15 Erhaltung der Landschaft

Die Stadt Haigerloch wird den Wald und die freie Landschaft des Stadtteils Bittelbronn als Erholungsgebiet fördern und sich gegen jegliche Verunstaltung und zweckfremde Nutzung wenden.

§ 16 Förderung der Landwirtschaft

Die Stadt Haigerloch wird den berechtigten Belangen der Landwirtschaft im Stadtteil Bittelbronn Rechnung tragen. Dazu gehört insbesondere der Ausbau des Feldwegnetzes und die Förderung beabsichtigter Aussiedlungen.

Bei der künstlichen Besamung gelten weiterhin die jetzt abgeschlossenen Verträge, die Stadt Haigerloch verpflichtet sich auch künftig zur Übernahme der Fahrtkosten des Tierarztes zum Tierhalter nach Bittelbronn.

Der bisherige Fleischbeschaubezirk Bittelbronn-Weildorf bleibt erhalten.

§ 17 Vergabe von Lieferungen und Arbeiten

Bei der Vergabe von Lieferungen und Arbeiten werden die im Stadtteil Bittelbronn wohnenden Gewerbetreibenden den übrigen Gewerbetreibenden im bisherigen Gebiet der Stadt Haigerloch gleichgestellt.

V Besondere Verpflichtungen

§ 18 Übernahme der weiteren Bediensteten

Die Angestellten und die Arbeiter der Gemeinde Bittelbronn werden, sofern sie dies wünschen, in den Dienst der Stadt Haigerloch übernommen, wobei sie hinsichtlich Vergütung bzw. Entlohnung nicht schlechter als vergleichbar Beschäftigte der Stadt Haigerloch gestellt werden dürfen; ihr Besitzstand soll jedoch soweit als möglich gewahrt werden. Sie werden nach Möglichkeit ihrer Ausbildung und ihrer bisherigen Tätigkeit entsprechend verwendet.

§ 19 Ortsrecht

1. Im Stadtteil Bittelbronn bleibt das bisherige Ortsrecht der Gemeinde Bittelbronn aufrechterhalten, soweit es nicht mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung oder später durch das Recht der Stadt Haigerloch ersetzt wird oder aus anderen Gründen außer Kraft tritt. Das Ortsrecht ist spätestens innerhalb von 5 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung im gesamten Stadtgebiet zu vereinheitlichen.

2. In Kraft bleiben vorläufig insbesondere folgende Rechtsvorschriften der bisher selbständigen Gemeinde Bittelbronn
 1. Entwässerungssatzung
 2. Wasserabgabesatzung
 3. Feuerwehrabgabesatzung
 4. Friedhofsgebührenordnung
 5. Fleischbeschaugebührensatzung
 6. Erschließungsbeitragssatzung
3. Folgende Rechtsvorschriften der Stadt Haigerloch werden mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung im Stadtteil Bittelbronn in Kraft gesetzt:
 1. Hauptsatzung
 2. Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung
 3. Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren
 4. Stellensatzung
4. In den bei Inkrafttreten dieser Vereinbarung mit der Erschließung (Kanalisation, Wasserversorgung und Straßenbau) begonnenen Baugebiet Maienland (Bebauungsplan vom 15. Januar 1972) ist nach Erlass einer neuen Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Haigerloch die Erschließungsbeitragssatzung der Gemeinde Bittelbronn vom 24. Juni 1968 anzuwenden.
5. Ab Inkrafttreten dieser Vereinbarung wird ein gemeinsames Mitteilungsblatt herausgegeben.
6. Die Realsteuerhebesätze der Stadt Haigerloch gelten im Stadtteil Bittelbronn mit Wirkung vom 01. Januar 1973 an.
7. Bebauungspläne der Gemeinde Bittelbronn gelten weiter.

§ 20 Entwicklung des Haigerlocher Raumes

Der Zusammenschluss der Gemeinde Bittelbronn mit der Stadt Haigerloch und auch die weiter vorgesehenen Eingliederungen von Gemeinden sollen durch gemeinsamen Einsatz der Finanzmittel bessere strukturelle Voraussetzungen für Wohnbevölkerung, Gewerbe und Industrie schaffen.

Als vorrangig für die Planungen und Entscheidungen des künftigen Gemeinderates gelten dabei folgende Aufgaben

1. Bau eines Freibades
2. Bau von Sammelkläranlagen mit Zuleitungskanälen, wobei eine finanzielle Belastung des Stadtteils Bittelbronn ausgeschlossen bleibt, da die Abwasserbeseitigung und Reinigung erfüllt wird.
3. Erschließung eines Gewerbe- und Industriegebietes
4. Ausbau der gemeinsamen Bildungs-, Sport- und Kultureinrichtungen.

§ 21 Erfüllung örtlicher Aufgaben

1. Die Stadt Haigerloch ist vom Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung an gesetzlich verpflichtet, alle im Stadtteil Bittelbronn bereits bestehenden und neu anfallenden gemeindlichen Aufgaben zu erfüllen.
2. Mit den Mehrzuweisungen nach § 34a Finanzausgleichsgesetz, die auf den Stadtteil Bittelbronn entfallen, werden abzüglich der davon zu entrichtenden Umlagen im Stadtteil Bittelbronn folgende Vorhaben finanziert:
 1. Planung und Bau einer Leichenhalle sowie Ausbau des Friedhofes
 2. Planung und Erschließung weiterer Neubaugebiete
 3. Bau eines Kinderspielplatzes
 4. Ausbau der Gemeindeverbindungsstraße Bittelbronn-Bad Imnau
 5. Weiterführung des Ausbaus der Wasserversorgung im jetzigen Zweckverband Bittelbronn-Weildorf

Soweit die Baukosten die Mehrzuweisungen übersteigen, erfolgt die Ausführung entsprechend Abs. 3.
3. Die Stadt Haigerloch wird nach den Grundsätzen einer geordneten Wirtschaftsführung im Stadtteil Bittelbronn folgende Aufgaben durchführen:
 1. Ausbau und Instandsetzung der Feld- und Waldwege
 2. Ausbau und Unterhaltung der Ortsstraßen und Gehwege, vor allem in den Neubaugebieten
 3. Errichtung einer überdachten Omnibushaltestelle
 4. Ausbau eines Belags und Unterhaltung der Gemeindeverbindungsstraße Bittelbronn-Henstetten bis zur Markungsgrenze Empfingen-Wiesenstetten
 5. Schaffung von Bürger- und Versammlungsräumen
 6. Unterhaltung des Schul- und Rathauses als öffentliches Gebäude
4. Die Stadt Haigerloch wird die Mehrzuweisungen, die sie nach § 34a Finanzausgleichsgesetz für die Eingliederung der Gemeinden erhält, abzüglich der daraus zu entrichtenden Umlagen, im Verhältnis der Einwohnerzahl auf die unter der Rechtskraft des § 34a FAG vom 26. Juli 1971 (Ges. Bl. S. 314) eingegliederten Stadtteile aufteilen. Diese Mehrzuweisungen werden insbesondere für die im Absatz 2 und 3 genannten Vorhaben verwendet.
5. Sporttreibende Vereine haben außerdem das Recht zur gleichberechtigten Benutzung der Sporteinrichtungen in Haigerloch.

§ 22 Schulen

1. Die Stadt Haigerloch wird die Grundschule im Stadtteil Bittelbronn erhalten, solange dies gesetzlich möglich ist.
2. Eine spätere zweckentfremdete Benutzung der jetzigen öffentlichen Einrichtungen (Schule, Rathaus) ist nur nach Anhörung des Ortschaftsrates möglich. Das bisherige bewegliche Vermögen bleibt grundsätzlich in Bittelbronn, eine anderweitige Verwendung ist nur nach Anhörung des Ortschaftsrates möglich.
3. Kinder aus Bittelbronn sind zu gleichen Bedingungen in den Kindergarten Haigerloch bzw. in die Kindergartenabteilung Weildorf aufzunehmen. Für die Vorschulerziehung ist zu sorgen.

§ 23 Sonstiges

1. Die Freiw. Feuerwehr Bittelbronn wird als besondere Abteilung der Freiw. Feuerwehr Haigerloch erhalten.
2. Der Friedhof im Stadtteil Bittelbronn bleibt für Bestattungen erhalten.
3. Ein möglicher Anschluss einer weiteren Gemeinde oder eines Stadtteils an den Wasserturm Bittelbronn kann nur erfolgen, wenn der Anschluss technisch vertretbar und für die Versorgung des Stadtteils Bittelbronn ohne Nachteile ist.

VI Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 24 Abgrenzung der Vertragswirkungen

Unbeschadet der §§ 3 und 4 erwerben Dritte aus dieser Vereinbarung kein unmittelbares Recht.

§ 25 Regelung von Streitigkeiten

1. Die vorstehende Vereinbarung wird auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Vertragstreue getroffen. Auftretende Fragen sollen in diesem Geiste gütlich geregelt werden.
2. Bei Streitigkeiten über diese Vereinbarung wird die bisherige Gemeinde Bittelbronn durch eine vom Ortschaftsrat zu bestimmende Person vertreten. Den Vertreter nach außen und das Ausmaß seiner Vertretungsbefugnis im Einzelfall bestimmt der Ortschaftsrat. Dieses Vertretungsrecht des Ortschaftsrates endet mit einer etwaigen Aufhebung der Ortschaftsverfassung spätestens jedoch mit dem Ablauf von 10 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung.

§ 26 Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt am 01. Januar 1973 in Kraft, sofern nicht durch die obere Rechtsaufsichtsbehörde etwas anderes festgelegt wird.

Haigerloch, den 03. November 1972

Trojan
Bürgermeister

Hellstern
Bürgermeister